

## Liebe Genossinnen und Genossen,



sind eigentlich alle bekloppt geworden??

Da meinten 500 Menschen, sich in Stuttgart zusammenrotten zu müssen, Geschäfte zu plündern, Scheiben einzuschlagen, Polizisten anzugreifen. Was hat der Betreiber einer kleinen Eisdiele getan, um sich diese Zerstörung seiner Existenz zu verdienen, wird vermutlich nur den wenigsten im Mob geläufig gewesen sein. Während ich das hier schreibe, sind die Hintergründe noch unbekannt. Und ganz ehrlich, sie sind mir auch vollkommen egal. Es gibt kein Anliegen, ob politisch oder anderswie motiviert, das ein solches Verhalten auch nur im Ansatz rechtfertigen könnte. Wer so etwas organisiert oder da

mitmacht, ist kriminell und gehört angeklagt und verurteilt.

Gleichzeitig liest man von immer mehr Menschen, die sich Corona-Rebellen oder ähnlich nennen, sich weigern, eine Maske zu tragen und sich von Gleichgesinnten dafür feiern lassen. Die Massenausbrüche der letzten Tage zeigen eines ganz deutlich: Corona ist nicht vorbei.

weiter auf Seite 2

### AUS DEM INHALT

Racial Profiling? – Gibt es doch gar nicht!	2
Überwältigende Zustimmung zur Corona-Warn-App	7
Zu viel Motorradlärm	8
Angela, you have to pay!	9
Die politische Entwicklung in den USA und Europa seit 2016 – ein Resümee	12
Bad Krozingen verliert wichtigen Baustein der Notfallversorgung	13
Unsere Medien-Ecke	15
Mitgliederstatistik	15
So geht Ortsverein!	16
Termine	16
Impressum	17

Überall, wo viele Menschen dicht gedrängt zusammen kommen, kann es jederzeit wieder aufflammen. Und wenn wir uns darüber einig sind, dass es keinen Impfstoff gibt, es unakzeptabel ist, Menschenleben auf's Spiel zu setzen und wir uns keinen weiteren Lockdown leisten können, sollte doch jedem begreiflich zu machen sein, dass Abstand halten, Hygiene beachten und Maske tragen, möglichst in Kombination mit der neuen Warn-App, die einzigen wirksamen Waffen sind, die wir derzeit gegen das Virus haben.

Und in der hohen Politik wird es nun wirklich schon gefeiert, wenn ein vor Ehrgeiz zerfressener Jungspund aufgrund seiner nachgewiesenen Käuflichkeit nicht mehr für ein weiteres Amt kandidieren will. Mit einem Funken Anstand wäre man von bestehenden Mandaten zurückgetreten. Aber das scheint ja heute nicht mehr en vogue zu sein. Und bei den Blaubraunen feiern sie derweil, dass Kalbitz nun doch erstmal nicht rausgeworfen werden durfte und die Partei noch weiter ins Rechts-extreme abrutschen darf.

Sind also wirklich alle bekloppt geworden? Nein, zum Glück ist es nach wie vor nur eine sehr laute Minderheit. Die Mehrheit randaliert und plündert nicht, hält sich an die Corona-Vorgaben und benimmt sich anständig. Sie tut dies nur zu leise, um wahrgenommen zu werden. Und das ist schade. Denn es braucht ein Gefühl von Miteinander und den Glauben daran, dass

die Menschheit eigentlich vernunftsbegabt ist. Es werden in den kommenden Jahren viele schwerwiegende Probleme auf uns zukommen, die wir nur gemeinsam werden lösen können. Lasst es nicht zu, dass die Spalter, Verschwörungsanhänger und Deppen die Meinungshoheit an sich ziehen. Hiergegen müssen wir aufstehen. Jeder von uns. An jedem Tag.

Büh Stunede.

## Racial Profiling? – Gibt es doch gar nicht!

Seit dem tragischen Tod von George Floyd und der Aussage der SPD-Parteivorsitzenden Saskia Esken über latenten Rassismus innerhalb der Polizei, kochen die Emotionen auf beiden Seiten hoch.

Ich finde es sehr bedauerlich, dass es so schwierig zu sein scheint, dieses wichtige Thema sachlich und nüchtern zu diskutieren. Die vielen Menschen, die meinen, „Racial Profiling? Gibt es doch gar nicht! Hab ich noch nie erlebt.“ sollten sich fragen, woher das wohl kommt. Ich bin 50 Jahre alt und wurde noch kein einziges Mal in einer verdachtsunabhängigen Personenkontrolle nach meinem Ausweis gefragt. Meinem kenianischen Aupair-Mädchen ist das in zwei Monaten fünf mal passiert. Zufall? Auch die Unterschiede, wenn man als

blonder Schüler seine Stammkarte vergisst, oder einem das gleiche als minderjähriger Flüchtling aus Sierra Leone passiert, sei frappierend.

Nun ist das sicherlich kein Problem, das auf die Polizei beschränkt ist. Wer von uns kann ganz ehrlich von sich behaupten, absolut frei von Vorurteilen oder auch rassistischen Gedanken zu sein? Es ist unabdingbar, sich selber da immer wieder zu hinterfragen und sich bewusst zu machen, dass jedwedes Fehlverhalten immer individuell ist und niemals einer bestimmten Gruppe angerechnet werden kann und darf.

Und auch Polizisten sind nur Menschen. Weshalb die Diskussion über Rassismus in der Polizei trotzdem richtig und wichtig ist, erklärt sich daraus, dass gerade dort die Gegenüberstehenden ein besonderes Recht darauf haben, fair und gleich behandelt zu werden. Daher stellt eine unabhängige Stelle, an die man sich wenden kann, wenn man den Eindruck hat, dass dies nicht gegeben ist, keinen Generalverdacht gegen die Polizei dar, sondern unterstreicht lediglich, dass aufgrund der Machtstellung der Polizei hier ein besonderer Maßstab angelegt werden muss.

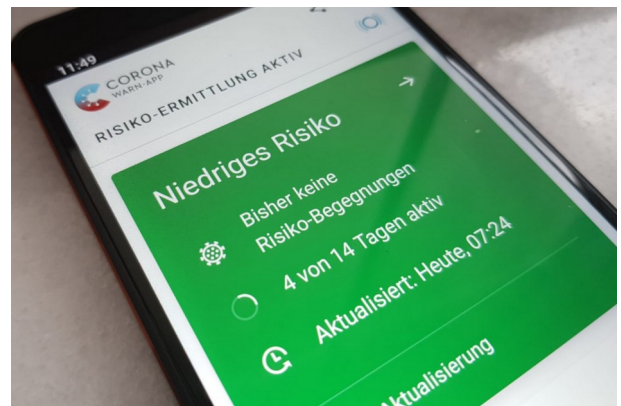
*Birte Könnecke*



Diesen Text gibt es etwas länger auch als Video [auf unserem YouTube-Kanal](#). Link klicken oder QR-Code scannen.

## Überwältigende Zustimmung zur Corona-Warn-App

Die Corona-Warn-App der Bundesregierung bewegt als Thema die Menschen. Oft konnte man den Eindruck gewinnen, dass die Ablehnung gegenüber der App sehr stark ist. Wir haben deshalb unsere Mitglieder gefragt und zumindest in dieser Gruppe ergibt sich ein anderes Bild: Die App findet überwältigende Zustimmung. Einen Haken gibt es aber doch.

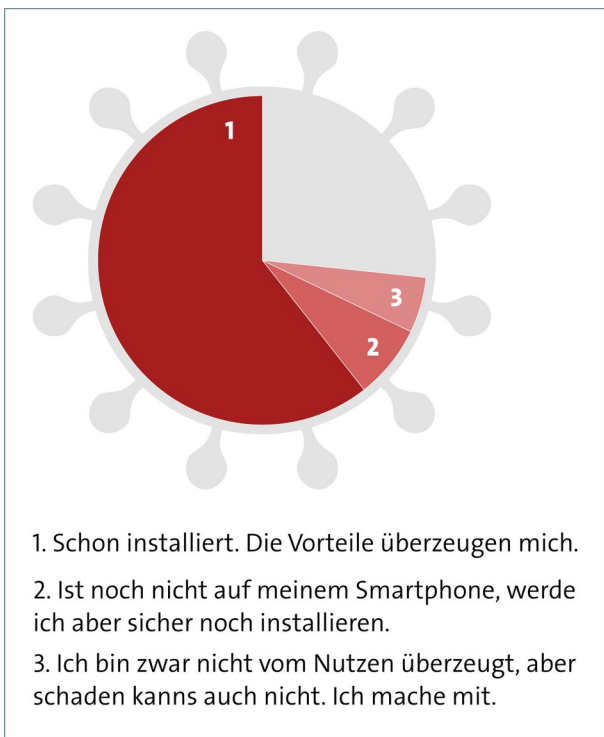


Kurz zum Vorgehen der Umfrage: Per E-Mail wurde rund 600 Genossinnen und Genossen ein sonst nirgendwo angezeigter Link zu unserer Umfrage zugeschickt. Die Rückmeldung war für solche Umfragen sehr gut: 165 Menschen nahmen teil. Man konnte gesteuert durch einen Cookie nur einmal teilnehmen, was kundige Internetnutzer aber auf verschiedenen Wegen umgehen können. Die begrenzte Anzahl an Teilnehmer und der von uns beobachtete gleichmäßige Aufwuchs an

Stimmen und Antworten legt nahe, dass dies nicht passiert ist.

### Überragende Zustimmung

Von diesen 165 Menschen haben genau 100 angegeben, dass die App schon auf ihren Smartphones ist. Alleine das sind schon 61%. Nimmt man noch die dazu, die eine Installation noch vorhaben, entweder weil sie überzeugt sind (12) oder einfach nicht als Spielverderber (9) dastehen wollen, dann kommen 121 Befürworter zusammen und das sind fast drei Viertel (73%) aller teilnehmenden Genossinnen und Genossen. Ein mehr als klares Ergebnis.



### Wenig Ablehnung

Abgelehnt wird die App von 20 TeilnehmerInnen (12%) und zwar in der Regel, weil am Sinn der Software gezweifelt wird (10).

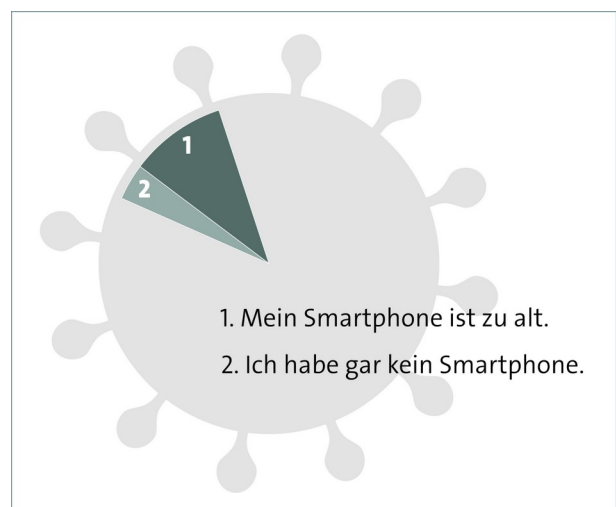


Andere sorgen sich um die Sicherheit der App (6) oder sehen das Miteinander in der Gesellschaft gefährdet (4).

Irgendwo dazwischen stehen die zwei Teilnehmer, die sich noch nicht entscheiden können und noch mehr Informationen wollen, bevor sie installieren oder nicht.

### Der Haken mit den älteren Geräten

Der Haken an der App ist aber klar die Verfügbarkeit für ältere Geräte. Das ist nicht die Schuld der Entwickler, sondern einfach die Folge der technischen Realität.



Smartphones sind nicht mit Abstandsmessern ausgestattet. Was dafür noch am ehesten funktioniert, ist Bluetooth und das saugt die Akkus gerne leer. Außer, man nimmt „Low Energy Bluetooth“ und das gibt es nun mal noch nicht so lange. Das ist schade, aber nicht zu ändern.

Dieses Problem bedauern 16 Teilnehmer und weitere sechs gaben an, dass sie kein Smartphone besitzen und deshalb nicht mitmachen können. Das sind zusammen 13%.

In der Summe kann man also feststellen, dass die Genossinnen und Genossen im Landkreis die App unterstützen und nutzen. Das ist ein schönes Ergebnis, denn nur, wenn möglichst viele mitmachen, kann auf diesem Weg eine Infektionskette schnell beendet und Erkrankungen verhindert werden.

Das ist ja das Ziel der App.

*Oswald Prucker*

## Zu viel Motorradlärm

Der zunehmende Motorradverkehr, verbunden mit ohrenbetäubendem Lärm, wird zu einer immer größer werdenden Belastung für die Menschen und die Tierwelt an den betroffenen „Rennstrecken“. Insbesondere in den Schwarzwaldtälern beeinträchtigt das mittlerweile Lebensqualität und Tourismus.

Auch die Anzahl der schweren Unfälle mit Verletzten und Toten stieg in den letzten Jahren erheblich.

Die SPD-Fraktion im Kreistag hat dazu einen Antrag formuliert, der sich an diesen Überlegungen orientiert:

Das Land Baden-Württemberg hat deshalb die „Initiative Motorradlärm“ etabliert, der bereits mehr als 80 Städte, Gemeinden und Landkreise in Baden-Württemberg angehören. Darunter befinden sich auch die Gemeinden Feldberg und Badenweiler, sowie die benachbarten Landkreise Lörrach und Waldshut. **Gerade der Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald, in dem Tourismus und Lebensqualität eine hohe Bedeutung haben, sollte sich dieser Initiative anschließen.**

Diese fordern gemeinsam mit Verkehrsminister Winfried Hermann MdL und dem Lärmschutzbeauftragten der Landesregierung Thomas Marwein MdL von der Europäischen Union, der Bundesregierung, den Herstellern von Motorrädern sowie von den Motorradfahrenden mehr Anstrengungen, um Motorradlärm spürbar zu reduzieren. Ziel der „Initiative Motorradlärm“ ist es, dass jeder in seiner Verantwortung und Zuständigkeit dazu beiträgt, dass Motorräder leiser werden, dass sie leiser gefahren werden und rücksichtsloses Fahren deutliche Folgen hat. Dazu gehört auch, dass das Land und die Kommunen mehr rechtliche Möglichkeiten bekommen, den Motorradlärm einzudämmen. Deshalb

ist es wichtig, dass sich auch der Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald als einer der vom Motorradlärm meist betroffenen Kreise im Land dieser Initiative anschließt.

**Dies sollte durch flankierende Maßnahmen ergänzt werden.** So ist es dringend geboten, wo rechtlich möglich, **Geschwindigkeitsbeschränkungen** an gefährlichen Strecken einzuführen, um die Unfallgefahren, die oft schreckliche Folgen haben, einzuschränken. Darüber hinaus sollte geprüft werden, ob **Motorradfahrverbote** an bestimmten Strecken an Wochenenden (analog der Sperrung der Schauinsland-Strecke) möglich sind, um Mensch und Umwelt vor Motorradlärm zu schützen.

Das Land unterstützt Kommunen und Landkreise bei der **Anschaffung von Motorradlärm-Displays**. Anmeldungen sind noch bis 30. Juni 2020 möglich. Die Fördersumme für die auf Motorradfahrer zugeschnittenen Anzeigetafeln belaufen sich auf ca. 4.000 EUR und dürfte somit annähernd kostendeckend sein. Die Anträge können beim Ministerium für Verkehr eingereicht werden.

Damit diese Maßnahmen auch in der Praxis wirksam werden, sollte unserer Auffassung nach von Seiten der unteren Verkehrsbehörde glaubwürdiger Verfolgungsdruck aufgebaut werden.

*Martin Löffler, Hans-Dieter Paul & Rolf Seifert für SPD-Kreistagsfraktion*



Birte Könnecke und Oswald Prucker haben sich dieses Thema im Rahmen ihrer Rotwild-Gespräche angenommen. [Das Video dazu gibt es auf YouTube.](#)

## Angela, you have to pay!

Eine der Top News der letzten Woche war, dass US Präsident Trump Truppen abziehen will, because „Angela doesn't pay her bill“. Ja, das kann man sicherheitspolitisch bedenklich nennen, es verschiebt das Kräfteverhältnis in Europa und wirft grundsätzliche Bündnisfragen auf. Man kann es auch Erpressung nennen. Man kann Trump auch zurecht als Mistkerl beschimpfen oder trotzig „Ami, dann geh doch home“ rufen.

Aber Deutschland hat seinen Anteil an dieser Entwicklung. 2002 haben alle Nato-mitglieder sich zu dem 2% Ziel Verteidigungsetat verpflichtet, sogar 2014 dieses Versprechen erneuert. Trump hat also durchaus Recht, dieses Versprechen

einzufordern, auch wenn es nicht rechtlich verbindlich vereinbart worden ist und auch das deutsche Parlament über diese Frage nie abgestimmt hat.



2% vom BIP sollen in Verteidigungsausgaben fließen. Dem hat unsere Regierung sich zumindest moralisch verpflichtet. Ländern, wie beispielsweise Polen und Tschechien, fällt das aufgrund des deutlich geringeren Bruttoinlandsprodukts und des geringen Sozialstaatsniveaus wesentlich leichter als uns.

Das Versprechen haben wir trotz Steigerung der Verteidigungs- und Rüstungsausgaben deutlich gerissen. Derzeit liegen wir bei 1,38% nach 1,2% im Vorjahr.

Also in dem Thema muss man dem Trampeltier leider grundsätzlich Recht geben, der Fehler liegt bei den deutschen Regierungen seit 2002. Längst war klar, dass eine nahezu Verdopplung der Verteidigungsausgaben auch in einem zurecht grundsätzlich pazifistisch geprägten Umfeld nicht realistisch ist.

Die Bundesregierung hat es sträflich versäumt, noch unter Obama hier eine Absicherung vorzunehmen, bspw. das Beitragsziel zu senken und/oder das Ziel auf sehr lange Sicht zu staffeln.

Die Bundesregierung provoziert damit einen erheblichen Truppenabzug, was insbesondere Russland sehr freut. Die Nato als Bündnis als solches geschwächt, Uneinigkeit und Zwist zwischen Partnern ist gesät. Russlands Taktik, die Bündnisse Nato / G7 / G20 / EU zu schwächen, geht auch an diesem Punkt auf – natürlich Trumps America first Strategie dankend annehmend.



### *Bald auf der Heimreise?*

Bereits in Obamas Amtszeit wurde deutlich, dass die Zeit der Weltpolizei USA vorbei ist, dass Europa sich stärker engagieren muss und vor allem eigene Sicherheitsstrukturen aufbauen muss.

Dazu gehört zweifellos eine eigene militärische Struktur der EU. Dazu gehören gemeinsame europäische Waffensysteme und Sicherheitsabkommen. Auch das wird bis heute ignoriert.

Insbesondere aber fehlt die Integration von Russland und der Türkei in eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik. Deren erodierende Kräfte sind seit der Isolations- und Ausgrenzungspolitik der letzten Jahre deutlich zu sehen, ob im Donbass, auf der Krim oder in Syrien.

Also das größte Versäumnis ist nicht, dass wir weniger in Rüstung und Militär ausgegeben haben, als versprochen, das größte Versäumnis ist strategischer Natur: Die Spaltung Europas zuzulassen, Russland zu isolieren und nationalistischen Tendenzen in Europa viel Raum zu geben.

Das wirkt wesentlich nachhaltiger, als die Frage, ob 9.500 Soldaten und deren Wirtschaftskraft abgezogen werden.

Deutschland sollte souverän mit dem Abzug umgehen, gleich die Atomwaffen mit-schicken und sich von den USA unabhängiger verhalten. Deutschland muss gemeinsam mit Europa dringend die EU / Außen- und Sicherheitspolitik neu definieren und vorantreiben. Dazu muss auch Deutschland endlich wieder eine Zukunftsvision deklinieren.

Politisch versucht Trump konsequent seine America-first-Strategie durchzusetzen, gleichzeitig abzulenken von den Krisen, die er verursacht oder angefacht hat, von Corona bis zu Rassismus und neuer gesellschaftlicher Spaltung. Dieser Präsident ist unberechenbar und eine Gefahr und dennoch nur ein Spiegelbild der amerikanischen Gesellschaft, die ihn nun mal

gewählt hat und es ist immer noch nicht unwahrscheinlich, dass sie ihn auch wiederwählt.

Trump ist nicht der Grund für viele Entwicklungen, die humanistisch und sozial denkende Menschen ablehnen, sondern das Ergebnis einer Entwicklung der letzten 20 Jahre. Einer Entwicklung, die durch fehlende Bildung, fehlende Gerechtigkeit, sozialer Spaltung, Kapitalfixierung, einseitige mediale Information oder gezielte Desinformation genau das Klima geschaffen hat, um Trump zum Präsidenten zu machen.

Es ist politisch unklug, seitens der EU und Deutschland einfach darauf zu warten, dass im November die Wahl das Problem löst. Eine neue Vision für die Zukunft der Welt, zum Zusammenleben und Wirken der Weltgemeinschaft - nicht nur Greta basiert – fehlt. Eine Friday for Future Bewegung brauchen wir mit mehr als „nur“ dem Klimaschutz als Inhalt.

Trump ist austauschbar und bringt zudem Kopien, wie Johnson oder Orban ans Licht. Vielleicht sitzt der eigentliche Trump auch in Peking oder Moskau.

Nur eine starke Gemeinschaft, eine gemeinsame Definition von Gerechtigkeit und Chancengleichheit auf der Welt verändern nachhaltig unsere Gesellschaft.

Mehr Gemeinwohlorientierung, mehr Klimaschutz und Generationengerechtigkeit, die Angleichung von Lebensverhält-



nissen und Lebenschancen retten vor Egoismus, Rassismus und Ausbeutung.

Dazu kann übrigens jeder seinen Beitrag leisten. Die da oben funktionieren nur für und mit denen da unten!

*Thomas Thürling*

## Die politische Entwicklung in den USA und Europa seit 2016 – ein Resümee

„Seit zehn Jahren gefährden rechtsradikale Gruppierungen mit populistischer Hetze die freiheitliche Grundordnung unserer Gesellschaft. Die SPD kann nur ein Bollwerk gegen diese zerstörerischen Kräfte sein, wenn die Menschen ihr dieses zutrauen und ihre Kandidatinnen und Kandidaten in die Parlamente wählen.“ Diese zwei Sätze beendeten meine „Gedanken zur Lage und Zukunft der SPD“. Im Folgenden soll der politische Blick etwas weiter geöffnet werden.

In den letzten vier Jahren haben sich populistische Tendenzen in der Politik in vielen Ländern gezeigt. Mit der Wahl von Donald Trump zum Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika ist ein Populist in einem nicht unbedeutenden Land zum Staats- und Regierungschef gewählt worden, weil er breiten Schichten der Bevölkerung Zuversicht und Wohlstand

versprach. Diese Schichten, meist aus den unteren gesellschaftlichen Bereichen, fühlten bzw. fühlen sich bedroht von den armen Unterschichten aus Lateinamerika, die wegen eines besseren Lebens in die USA einwandern wollen. Die US-amerikanischen Unterschichten wiederum fühlen sich bedroht von dem, was man Globalisierung nennt. Es ist Trump, der versprochen hat, die Importe aus China zu stoppen, die mit in seinen Augen unfairen d.h. zu niedrigen Preisen den US-Markt „überschwemmen“. Bisher ist zwar wenig geschehen, aber seine Anhänger, die ihm wahrscheinlich im November dieses Jahres (2020) ihre Stimmen erneut geben werden, haben immer noch großes Vertrauen in ihn. Zudem benutzt Trump eine einfache Sprache, die ihm vielleicht von Natur aus gegeben ist, aber die vor allem seine Wähler verstehen. Und das ist ein wichtiges Mittel der Kommunikation zwischen den breiten Massen der Wähler und Wählerinnen und den Politikern.

Auch in Europa sind mittlerweile Politiker, meistens Männer, an der Macht, die nicht nur wegen großartiger Versprechungen, sondern auch wegen ihrer einfachen Sprache vor allem von den bildungsfernen Menschen gewählt werden. Zudem ist seit der sogenannten Flüchtlingswelle im Jahre 2015 eine teils offene, teils subtile Ablehnung von Fremden in vielen Ländern zu beobachten. Sie zeigt sich bei einigen sogar als aggressive, offen gezeigte Fremdenfeindlichkeit. Populisten benutzen diese

subtile Furcht vor den Fremden geschickt, um an die Macht zu kommen. Dies kann man auch beobachten in den ehemaligen Ostblockstaaten wie Polen, der Tschechei, der Slowakei und Ungarn. Eine scheinbar großzügige Sozialpolitik dient dazu, die Wählerinnen und Wähler für diese populistische fremdenfeindliche Politik zu gewinnen, wie zum Beispiel in Polen, wo Geldtransfers an die benachteiligten Unterschichten geleistet werden sollen. Dadurch erhalten insbesondere die bildungsfernen Massen den Eindruck, ihre Regierungen sorgen sich um ihr wirtschaftliches Wohlergehen. Zur selben Zeit werden Säulen des Rechtsstaates abgebaut, was viele Menschen dort nicht interessiert.

Selbst in den bisher stabilen west- und nordeuropäische Staaten wird diese Entwicklung deutlich: Ein Beispiel hierfür ist Großbritannien. Mit Boris Johnson ist ein Populist zum Premierminister gewählt worden, der den Wünschen der breiten Masse entspricht. Er hat es geschafft, eine Mehrheit zu gewinnen, weil er den Austritt aus der Europäischen Union zu „liefern“ versprach. Alles würde für alle besser werden, keine Fremdbestimmung mehr von Brüssel, Straßburg und Luxemburg. Mit der Erinnerung an die angeblich große Vergangenheit Großbritanniens hat er nicht allein die Wahl gewonnen, sondern er hat auch die Mehrheit der Abgeordneten des Unterhauses dazu gebracht, ohne Rücksprache mit ihnen den sogenannten Brexit

zu vollziehen, das ist Populismus in reinster Form.

Auch in einigen anderen Staaten Westeuropas sind ähnliche Tendenzen vorhanden. Interessant ist dabei, dass auch Sozialdemokraten bzw. linke Parteien zur Mitte schwenken. Immer dort, wo sie den Ängsten der breiten Masse der Wähler und Wählerinnen nachgeben, haben sozialdemokratische Parteien eine relative Mehrheit gewonnen, nachdem sie versprochen hatten, die Grenzen für Flüchtlinge zu schließen oder ihre Zahl deutlich zu verringern, wie in Dänemark. Aber in den Ländern, in denen die sozialdemokratischen Parteien sich für Menschlichkeit und offene Grenzen einsetzen, schwindet ihr Einfluss, wie zum Beispiel in der Bundesrepublik Deutschland. Unserer Partei hat ihre empathische Flüchtlingspolitik geschadet.



Die SPD hat auch dadurch das Vertrauen der WählerInnen verloren. Sicherlich hat auch die Politik des (Genossen) Gerhard Schröder mit seiner Hartz IV Politik zu ihrem Niedergang beigetragen. Es gibt noch

weitere Gründe für den Verlust an Wählern: So gibt es kaum noch echte Industrie-arbeiterInnen. Der Partei wie auch den Gewerkschaften ist es bislang nicht gelungen, der Individualisierung der Menschen auf dem Arbeitsmarkt mit passenden politischen Inhalten zu begegnen. Der Begriff der Solidarität ist äußerst schwierig, den Wähler zu vermitteln. Im Gegensatz hierzu hat eine fremdenfeindliche Partei wie die AfD es geschafft, „dem Volk aufs Maul zu schauen“ mit einer „Einfachsprache“. Trotz der vielen Affären in dieser Partei und den entsprechenden negativen Schlagzeilen in den Medien und trotz einer demokratiefeindlichen Haltung, ist der Erfolg dieser Partei nicht aufzuhalten. Denn sie bietet weiten Teilen der Wählerschaft einfache Antworten auf komplizierte Zusammenhänge. Sie appelliert an die Instinkte vieler Menschen, diese Instinkte sind Angstgefühle vor dem „Fremden“. Vor allem in der ehemaligen DDR sind die Wähler anfällig für populistische Stammtischparolen. Die sogenannten etablierten Parteien, insbesondere die SPD, müssen durch entsprechende Persönlichkeiten mit Charisma (!) und vor allem mit zielorientierten, verständlichen Inhalten die „Köpfe und Herzen“ der Menschen erreichen. Wenn das nicht gelingt, werden die SPD, aber auch die anderen sozialdemokratischen Parteien in Europa, bedeutungslos, wie die kommunistischen Parteien seit 1990.

Was unsere Partei angeht, so ist ein weiteres Moment bedrohlich: Die Mehrheit der SPD WählerInnen sind 60 Jahre und älter. Sehr viele junge und jüngere WählerInnen gaben bei den letzten Landtagswahlen ihre Stimmen der Grünen Partei (GP).

Die Aussichten für die im nächsten Jahr stattfindenden Wahlen zum Landtag in Baden-Württemberg und zum Deutschen Bundestag sind daher recht düster. Die SPD Fraktion im Stuttgarter Landtag ist nicht nur klein an Zahl, sondern auch schwach als Oppositionspartei. Die zahlreichen Vorhaben und Gesetzesinitiativen hatten bis jetzt nicht nur keine Folgen, sondern waren auch kaum in den Medien präsent. Dies sollten sich alle in der SPD vor Augen halten, die sich von der Oppositionsrolle in den Parlamenten eine Erneuerung oder Belebung unserer Partei erhoffen.

Nicht in der Opposition, sondern als Teil der großen Koalition und der Bundesregierung hat die SPD gute Arbeit geleistet: Der Mindestlohn, der Anspruch der Lohnabhängigen auf den Wechsel von Teilzeitarbeit zur Vollzeitarbeit, das sogenannte „einer für alle Klagerecht“, die kostenlose Ausbildung zur Pflegerin bzw. Pfleger, etc.. Besonders jetzt zeigt die Partei Entschlossenheit und eine klare Perspektive bei der Überwindung der virusbedingten größten Wirtschaftskrise, die Deutschland seit Jahrzehnten erfahren hat: Souverän und entschlossen präsentiert unser Genosse

Olaf Scholz, Finanzminister und stellvertretender Bundeskanzler, realisierbare Wege der Finanzierung der fast zum Stillstand gekommenen deutschen Wirtschaft. Zugleich stellt er finanzielle Unterstützung für Alleinerziehende und Familien mit Kindern in Aussicht, die durch die Schließung von Firmen, Kindergärten und Schulen in ihrem täglichen Leben eingeschränkt sind und Einkommensverluste erleiden. Den Kommunen und Landkreisen werden finanzielle Mittel als Ausgleich für die fehlenden Steuereinnahmen gegeben. Auch deren Altschulden will Genosse Scholz mit Bundesmitteln zur Hälfte bezahlen, vorausgesetzt, die Bundesländer übernehmen die andere Hälfte. Er appellierte an die Solidarität der wohlhabenden Länder. Dies stieß jedoch sofort auf Ablehnung der von der Union und der GP geführten Länder in Süddeutschland, so auch der grüne Regierungschef Winfried Kretschmann von Baden-Württemberg. Undank ist der Weltenlohn: Bis in die 1980er hingen Baden-Württemberg und auch Bayern am „Tropf“ der damaligen reichen Bundesländer wie z.B. Nordrhein-Westfalen. Diese zerbrechen seit den 90er Jahren wegen des Strukturwandels, der hohen Arbeitslosigkeit und steigender Transferleistungen unter der Last eines dramatisch steigenden Schuldenberges. Genosse Scholz geht es um die Verhinderung eines Totalzusammenbruchs der deutschen Wirtschaft mit einem noch nie dagewesenen Ausmaßes.

Zugleich gilt es, Investitionen in die privatwirtschaftlichen und öffentlichen Infrastrukturen für die Zukunft zu tätigen. Seiner Ansicht nach erlaubten die finanziellen Rücklagen des Bundes diese staatlichen Ausgaben. Zugleich betont er, dass bei den gegenwärtig geringen Zinsen es durchaus verantwortbar sei, Kredite für Zukunftsinvestitionen aufzunehmen. Nun gilt es, den Wählerinnen und Wählern diese sozialdemokratische Finanzpolitik verständlich zu machen. Die von unserem Genossen Scholz auf den Weg gebrachte Verringerung der Mehrwertsteuer muss den Menschen in Deutschland als SPD Politik vermittelt werden. Denn in gewissen Medien wird diese Politik als unverantwortliche Verschwendung dargestellt, mit dem althergebrachten Vorwurf, die SPD sei nicht in der Lage, mit Geld umzugehen. Es ist zu hoffen, das von uns Mitgliedern „aufs Schild gehobene“ SPD-Führungsteam hält dagegen und verprellt nicht Bevölkerungsteile mit missverständlichen Aussagen, wie mit der Behauptung unserer Vorsitzenden Saskia Esken in einem Interview mit der Funke Mediengruppe am 8.6.2020, bei der Polizei gebe es einen „latenten Rassismus“. („Auch in Deutschland gibt es latenten Rassismus in den Reihen der Sicherheitskräfte, die durch Maßnahmen der Inneren Führung erkannt und bekämpft werden müssen.“) Ob ihre Feststellung zielorientiert war, ist fraglich. Auf die Wirkung kommt es immer an. Die Reaktion der Polizeigewerkschaften

jedenfalls war nicht SPD freundlich. Ein Gewerkschaftsmitglied der Polizei ist aus unserer Partei (Kreisverband Breisgau-Hochschwarzwald) in diesem Monat aus Unzufriedenheit mit der Bundespolitik ausgetreten.

*Henry Kesper*

## Bad Krozingen verliert wichtigen Baustein der Notfallversorgung

Um die defizitäre Notfallversorgung durch Vergütungszuschläge auch weiterhin auf einem qualitativ hohen Niveau gewährleisten zu können, hat der Gesetzgeber 2018 dem Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA) vorgegeben, ein Stufenmodell von Notfallstrukturen in Krankenhäusern zu definieren. Die Ausgestaltung dieses Modells oblag hierbei der Selbstverwaltung der Ärzte, Kassen und Krankenhäuser und wurde nicht von der Politik vorgegeben.

Die dort beschlossenen Mindestanforderungen an die Notfallstrukturen sind nun die Grundlage dafür, dass Krankenhäuser zukünftig Vergütungszuschläge bekommen können.

Die SPD Breisgau-Hochschwarzwald sieht in der Beckerklinik eine hoch anerkannte und zertifizierte Klinik in ihrem Fachbereich, die eine wichtige Rolle in der regionalen Notfallversorgung spielt. Auf Grund

der Anforderungen aus dem Stufenmodell erhält sie jedoch keine Zulagen für Notfallbehandlungen mehr, da sie keine der drei definierten Stufen erfüllt. Dies liegt vor allem an ihrer Ausrichtung auf Chirurgie und damit dem Fehlen einer Abteilung für Innere Medizin.

Die neuen Regelungen der Selbstverwaltung des Gesundheitssystems sehen bis zu 50% Abschläge in der Vergütung vor. Vor diesem wirtschaftlichen Hintergrund hat die Beckerklinik entschieden, nachts und am Wochenende keine Notfallversorgung mehr anzubieten. Diese Entscheidung betrachtet die SPD Breisgau-Hochschwarzwald aufgrund der wirtschaftlichen Auswirkungen für absolut nachvollziehbar und ist der Klinik sehr dankbar, dass sie zumindest tagsüber dennoch ihren Notfalldienst weiter aufrechterhalten möchte.



Diese Situation führt nun jedoch dazu, dass für die Stadt und die Region um Bad Krozingen ein wichtiger Baustein der regionalen Notfallversorgung, insbesondere nachts und am Wochenende, entfällt.

Die Regelungen des G-BA definieren, dass 30 Minuten Anfahrt nach Müllheim oder Freiburg zumutbar sind. Wer die Wege und die Auslastung beider Kliniken kennt, weiß, dass eine Notfallversorgung mit mehreren Stunden Wartezeit verbunden sein wird. Zudem sind dann zusätzliche und längere Krankentransporte notwendig. Mal ganz abgesehen von den bereits jetzt gegenwärtigen „Krankenhaus-Such-Fahrten“ mancher Rettungsdienste, die von den überfüllten Notfallstationen der Kliniken in Freiburg oder Müllheim abgewiesen werden.

Das Einzugsgebiet der Notfallversorgung durch die Beckerklinik umfasst bis zu 100.000 Menschen. Diese Menschen haben ein Anrecht auf qualitativ sichere und schnelle Notfallversorgung. Insbesondere die Corona-Pandemie hat zuletzt gezeigt, dass ein Abbau der Kranken- und Notfallversorgung in der Fläche nicht der richtige Weg ist.

Die SPD im Landkreis unterstützt daher das Vorhaben der Erarbeitung einer Resolution des Gemeinderates und der Stadtverwaltung Bad Krozingen und hat sich zu dem Thema auch an die Landtags- und Bundestagsabgeordneten der SPD gewandt und um Unterstützung geworben.

Wir fordern die Gremien in Land, Bund und die Selbstverwaltung des Gesundheitswesens um Korrektur der Richtlinien des G-BA auf. Der Gesetzgeber kann dazu im noch laufenden Gesetzgebungsverfahren die

Anforderungen an die Notfallversorgung und an die Richtlinien des G-BA in dieser Frage nacharbeiten. Es muss insbesondere auch im ländlichen Raum eine zuverlässige und wohnortnahe Notfallversorgung sichergestellt werden!

Wir begrüßen und unterstützen die Initiativen des Bürgermeisters Volker Kieber, des Gemeinderates, der Beckerklinik, der Bürgerinitiative und vieler weiterer Unterstützer für den Erhalt der Notfallversorgung in Bad Krozingen.

Wir bedauern, dass die Uniklinik Freiburg ein Kooperationsmodell abgelehnt hat.

Wir fordern insbesondere jedoch die Landesregierung auf, die bestehenden Möglichkeiten zu nutzen, um umgehend ein Notfallzentrum für Unfallchirurgie in der Beckerklinik in Bad Krozingen zuzulassen.

*Thomas Thürling & Birte Könnecke*

## WIR IM NETZ

Aktueller, als in diesem Mitgliederbrief, sind wir im Netz.

Kommt also regelmäßig auf [spd-breisgau-hochschwarzwald.de](https://www.spd-breisgau-hochschwarzwald.de) und zu Facebook, Instagram oder YouTube unter **Rot-wild im Schwarz-wald**.



## Unsere Medien-Ecke

### Tipp für Fanpage-Betreiber auf Facebook!

Zu Facebook könnte ich wohl einige Mitgliederbriefe komplett mit Facebook-Tipps füllen. Da ich aber nicht vorhabe, eine Facebook-Enzyklopädie zu verfassen, werde ich immer mal aktuelle Themen aufgreifen. Heute geht es um Facebookseiten.

Facebookseiten (Fanseiten / Fanpages) sind leicht vergleichbar mit Internetseiten. Jedes Mitglied auf Facebook kann eine (oder auch mehrere) Seiten dort erstellen. Während Internetseiten meist eher starr sind und sich in der Regel nur mit den Informationen aktualisieren, die sie herausgeben möchten, sind Fanpages auf Kommunikation und Interaktion ausgerichtet. Hierzu ein andermal mehr.

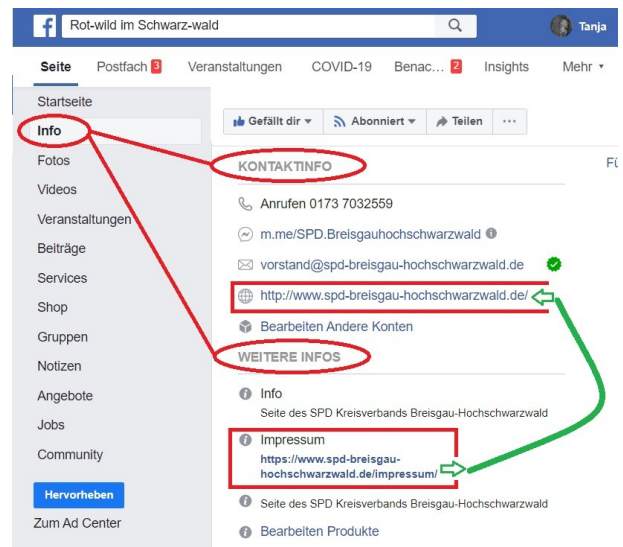
Das Internet ist kein rechtsfreier Raum. So sind auch Richtlinien für Fanpages einzuhalten. Viele von euch agieren nicht nur privat auf Facebook, sondern sind auch Administrator von Facebookseiten für z.B. Firma, Verein, den Ortsverein oder oder oder ... Und so gibt es verschiedene Vorgaben, die einzuhalten sind, wie z.B. die Impressumspflicht.

Anders, wie in den USA, gibt es in Europa die Impressumspflicht und damit nicht Millionen von Facebookseiten illegal sind, hat das Team Zuckerberg für die Europäer vor Jahren das Feld „Impressum“ in den Seiten-Infos hinzugefügt. Nun bastelt Facebook laufend an Funktionalität und Layout herum. Mit dem neuen Layout, auf das gerade nach und nach alle Seiten

umgestellt werden, hat Facebook das Feld „Impressum“ rausgeworfen **und dies ist nicht mehr rechtssicher!** Ob das Feld für uns Europäer wieder eingefügt wird, weiß man noch nicht.

Mein Tipp für euch:

Wer auf Nummer sicher gehen möchte, nutzt das Feld „Website-Link“ für das Impressum und fügt dort direkt den Link zum Impressum eurer Internetseite ein.



Ich habe euch wieder ein Anschauungsbild gefertigt. Wenn ihr noch Fragen habt, dürft ihr euch wie immer natürlich auch gerne wieder direkt bei mir melden. Ach ja, wie läuft's denn mit den Hashtags? Nutzt ihr auch fleißig **#RotwildimSchwarzwald** ?

Tanja Kühnel

## Mitgliederstatistik

Im Mai ist unser Mitgliederstand leider von 852 auf 850 leicht gefallen. Wir bedauern drei Austritte und begrüßen ein neues Mitglied.

## So geht Ortsverein!

Unsere Ortsvereinsvorsitzenden haben uns verraten, was in ihrem Ortsverein gut funktioniert. Vielleicht ist da ja auch eine Idee für einen anderen Ortsverein dabei? Deshalb veröffentlichen wir hier nach und nach die Rückmeldungen.

Heute ist das **Ehrenkirchen-Bollschweil** dran:

### Eine größere Veranstaltung im Jahr

Der OV Ehrenkirchen-Bollschweil will einmal im Jahr eine größere Veranstaltung stemmen. Im Jahr 2019 war das die Infoveranstaltung zum Thema Volksbegehren „Pro Biene“ mit 120 (!) Teilnehmern. Im Jahr davor war es eine Wanderung mit dem Förster.. Gute Möglichkeit, um Sichtbarkeit zu erzeugen und Themen zu besetzen.

Ansprechpartner: Gerhard Kelter,  
gerhard.kelter@web.de

## Termine, Termine

### 480. Mahnwache Dreyeckland zur Abschaltung des AKW Fessenheim

Am Montag, den **29. Juni ab 18:00 Uhr**, freuen wir uns gemeinsam mit unseren französischen Freunden über die in dieser Nacht stattfindende endgültige Abschaltung des Meilers in Fessenheim.

### Symbolisches deutsch-französisches Zusammentreffen am Grenzpunkt auf der Rheinbrücke Breisach-Vogelgrun

bis 17:30 Uhr: Sammeln der Besucher auf der deutschen und auf der französischen Seite an den beiden Rheinufern. Wir sammeln uns am Kiesparkplatz am Harelungenweg (südl. Einfahrt nach Breisach)

von 17:30 bis 18:00 Uhr: auf der Nordseite der Rheinbrücke werden Banner am Brückengeländer angebracht.

18:00 Uhr: Sammeln an den beiden Kreisverkehren (französische und deutsche), die Polizei regelt den Verkehr.

18:15 Uhr: Zusammentreffen von Deutschen und Franzosen am Grenzpunkt in der Mitte der Brücke / zwei kurze Ansprachen als symbolischer Geste der deutsch-französischen Freundschaft innerhalb Antiatom-Protestbewegung

18:30 Uhr: Die Teilnehmer gehen auf den Parkplatz auf der Île sur le Rhin. Dort findet die **480. Mahnwache Dreyeckland** mit Ansprachen und musikalischer Begleitung statt.

Wir weisen darauf hin, dass während der gesamten Veranstaltung die geltenden Vorschriften zu beachten und einzuhalten sind (Hygiene, Abstand, Gesichtsmasken – gerne mit Antiatom-Aufkleber). Den Anweisungen der Ordner ist unbedingt Folge zu leisten.

### Ortsvereinsvorsitzendenkonferenz

Wir laden alle OV-Vorsitzenden zu einer Konferenz nach Merzhausen ein, um uns



über die anstehenden Wahlen auszutauschen. Wir wollen uns auch mit den Veränderungen, die Corona für unsere Arbeit mit sich gebracht hat, beschäftigen und gemeinsam schauen, wie wir in Zukunft weiter arbeiten. Welche neuen Formate haben sich bewährt? Zu welchen alten wollen wir auf jeden Fall zurückkehren? Wie wird sich das auf den Wahlkampf auswirken?

**Samstag, 18. Juli 2020 um 15 Uhr**  
**Bürgersaal Merzhausen, Friedhofweg 11**

Da die Teilnehmeranzahl durch die Corona-Auflagen begrenzt ist, bitten wir um feste Anmeldung bis zum 10. Juli per Mail an [vorstand@spd-breisgau-hochschwarzwald.de](mailto:vorstand@spd-breisgau-hochschwarzwald.de).

### Kreisstammtisch Kaiserstuhl – Tuniberg – March

Es geht wieder los: Wir laden euch ein zum Kreisstammtisch Kaiserstuhl – Tuniberg – March im Elsässer Hof in Breisach am **14. Juli ab 19:00 Uhr**.

Die **Stammtische** im **Hochschwarzwald** und im **Breisgau** werden im August bzw. im September wieder stattfinden. Dazu werden wir dann rechtzeitig einladen.

### Digitaler Kreisstammtisch

Wir laden euch ein zum 4. Online-Kreisstammtisch auf Jitsi am **27. Juli ab 19:00 Uhr**.

Das hat bisher so schön geklappt, das wollen wir neben den normalen Stammtischen als kreisweiten Stammtisch beibehalten :-)



So könnt ihr mitmachen:

1. Nutzt euer Notebook und surft nach [meet.jit.si/SpdKreisstammtisch](https://meet.jit.si/SpdKreisstammtisch). Als Browser müsst ihr entweder Firefox oder - besser - Google Chrome verwenden. Mit anderen Browsern funktioniert es nicht.
2. Smartphone oder Tablet. Geht in den jeweiligen AppStore und installiert "Jitsi Meet". Öffnet dann die App und gebt als Konferenzname "SpdKreisstammtisch" ein.

Wir empfehlen Headsets oder Ohrstöpsel und werden ab 19 Uhr online sein und auf euch warten.

## IMPRESSUM

Herausgeberin & V.i.S.d.P. ist die Kreisvorsitzende der SPD Breisgau-Hochschwarzwald:

Dr. Birte Könnecke, SPD Regionalzentrum  
Merzhauser Straße 4, 79100 Freiburg

Redaktion:

Oswald Prucker, Tanja Kühnel und Birte Könnecke

[redaktion@spd-breisgau-hochschwarzwald.de](mailto:redaktion@spd-breisgau-hochschwarzwald.de)